

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Rottenburgs Haushalt erhöht Grund- und Gewerbesteuern

Corona: Wer zahlt die Rechnung?

Die Corona-Pandemie schlägt voll auf die Kommunalhaushalte durch. Zwar kommt Rottenburg dieses Jahr noch einigermaßen mit den Finanzen aus. Aber für die Jahre 2022-2024 sind neue Kredite von insgesamt knapp 22 Millionen Euro nötig.

Dabei handelt es sich zum großen Teil um verschleppte Nachholinvestitionen in Schulen, Kitas und Wohnbau. Ab 2022 sollen insgesamt 141 Mio. Euro investiert werden, hauptsächlich in den Schulcampus Hohenberg und im Kreuzerfeld, in das Familienzentrum Kreuzerfeld, in die VHS (samt Kita Gut-Betha und Musikschule) und in den Breitbandausbau.

Weil die Finanzmittel von Bund und Land geringer werden und die Belastungen Rottenburgs zugleich steigen, soll die Grundsteuer von 370 auf 400 Prozent (Landesdurchschnitt 396) angehoben werden, der Hebesatz für Gewerbesteuern von 350 auf 360 Punkte (Durchschnitt umliegender Gemeinden 2021: 370). Durch die Grundsteuer sollen 470.000 Euro mehr, durch die Gewerbesteuer rund 380.000 Euro mehr hereinkommen, FALLS die Wirtschaft wieder in Fahrt kommt.

Symbolpolitik

In Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs hatte DIE LINKE im Gemeinderat wiederholt beantragt, den Gewerbesteuerhebe auf den Landesdurchschnitt

von 368 Punkten anzuheben. Denn sie war seit 1994 nicht mehr verändert worden und hätte der Stadt jährlich (!) 800.000 Euro an Mehreinnahmen gebracht, die wir dringend für Investitionen in Wohnen, Bildung und Infrastruktur gebraucht hätten. Außerdem wäre dadurch die schädliche Konkurrenz zwischen den Kommunen verringert worden: Welche Gemeinde jagt

Punkte anzuheben und damit die aktuelle Schuldenaufnahme zu verringern. Michael Hahn formulierte in der Rottenburger Post treffend: „Auf die großen Stellschrauben – Spitzensteuersätze, Kapitalertragssteuer, Erbschaftssteuer – haben die Kommunen keinen Zugriff.“

Tabubruch

Jahrelang hatten CDU/CSU Steuererhöhungen auf Gewinne blockiert: Die „Schwarze Null“ und die Schuldenbremse für Bund und Länder im Grundgesetz – all diese Blockaden hat die Pandemie beiseite gefegt, weil sie sich als untauglich für eine Krise der „sozialen Marktwirtschaft“ erwiesen haben.

Mit ihren neuen Schulden vom März und Juni 2020 in Höhe von 217,7 Mrd. Euro geht die CDU/CSU-SPD-Bundesregierung um fast 138 Mrd. Euro über die Schuldenbremse hinaus und muss auch im nächsten Jahr 180 Milliarden an Neuschulden machen. Dies ist dann erlaubt, wenn es sich bei der Pandemie um eine „außergewöhnliche Notsituation handelt, die sich der Kontrolle des Staates“ entzieht. Für die Rückzahlung der Milliardenbeträge „binnen eines angemessenen Zeitraums“ gibt es nur zwei Alternativen:

>>>



der anderen neue Betriebe mit geringeren Steuern ab. Aus diesen Gründen hält DIE LINKE an ihrer Position fest, den Hebesatz mindestens auf 368

Lesen Sie weiter:

Stuttgart 21 – Ein Offenbarungseid folgt dem nächsten (2) Seite 3

Rottenburgs Steuersätze werden erhöht Seite 5

Kinderarmut schadet der gesellschaftlichen Entwicklung Seite 6

Penny-Discounter in Wurmlingen: Als wäre nichts passiert Seite 8

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Entweder Kürzung bei Sozialausgaben wie der Rentenversicherung und Erhöhung von Massensteuern. Das beträfe die ohnehin sozial Schwachen und die junge Generation, wäre ein Angriff auf die Generationsgerechtigkeit. Oder man belastet die kleine Minderheit der Milliardäre und der Krisengewinnler durch eine Sonderabgabe.

Soziale Spaltung

In jeder Krise des Kapitalismus gibt es Verlierer und Gewinner. In den USA haben die Milliardäre seit März 2020 jede Woche (!) ihr Vermögen um 42 Mrd. Dollar gesteigert. Auch bei uns feiert die Umverteilung von Unten nach Oben weiter fröhliche Urständ: Zu den Verlierern gehören laut IG Metall jeder vierte Beschäftigte mit einem Bruttostundenlohn von weniger als 9,15 Euro, jeder zehnte Erwachsene als Hartz-IV-Bezieher und **jedes sechste Kind in Armut**. Dagegen haben 119 deutsche Milliardäre ihr Vermögen in der Krise von 501 auf 595 Milliarden Euro (Juli 2020) vermehrt, so die Schweizer Großbank UBS, die es wissen muss! Insgesamt ist ihr Vermögen viermal so groß wie die gut zwei Billionen Euro an deutschen Staatsschulden.

Vermögensabgabe

Die Vermögenssteuer ist entgegen aller Behauptungen von Widmann-Mauz (CDU) nicht verfassungswidrig. Sie ist seit 1996 nur ausgesetzt, kann also wieder eingeführt werden. Breit diskutiert wird von Wirtschaftswissenschaftlern eine Vermögensabgabe, die gezielt die größten Milliardäre betrifft. In ihrer Studie von Anfang November schlägt niemand geringeres als das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine einmalig zu zahlende Vermögensabgabe auf den aktuellen Vermögensbestand vor. Er würde 0,7 Prozent der deutschen Bevölkerung betreffen. Für Fabio de Masi (Die Linke) gäbe es einen Freibetrag von zwei Mio. Euro für persönliches Vermögen und fünf Mio. für Betriebsvermögen. Der Eingangssteuersatz würde bei zehn Prozent sein und dann auf höchstens

30 Prozent ab 100 Mio. Euro Vermögen steigen, das Ganze verteilt auf 20 Jahre. Für den Staatshaushalt würde sie 310 Milliarden Euro erbringen.

Ein Gespenst geht um ...

Wie schon beim (durchlöchernten) Mindestlohn schreien die Verteidiger der Milliardäre Zeter und Mordio, die deutsche Wirtschaft ginge mal wieder unter. Michael Theurer (FDP) spricht von einer „Neidsteuer“. „Es ist der alte Versuch der Linken, mit der Hetze auf Superreiche auf Stimmenfang zu gehen“, sagte der CSU-Finanzpolitiker Hans Michelbach in der Frankfurter Allgemeinen. Und Eckhardt Rehberg (CDU) lehnte eine Vermögensabgabe kategorisch mit den Worten ab: „Vermögensabgaben wär-men nur die Herzen von Menschen, die keinen ökonomischen Sachverstand haben und unsere Wirtschaft ruinieren wollen.“

Reichtum besteuern!



Für Lothar Binding (SPD) kommt mal wieder alles „viel zu früh“: „Wir wissen ja noch gar nicht, wie lange die Corona-Krise andauern wird.“ Die Wirtschaftsverbände versuchen, den Mittelstand gegen die Milliardäre auszuspielen, angeblich seien sie betroffen und nicht die Superreichen.

Gebot der Stunde

Dabei übersieht der „Sachverstand“ dieser Kritiker einer Vermögensabgabe, die keinerlei Vorschläge zur Bewältigung der Krisenkosten machen, drei Dinge.

Erstens liegen 2018 laut Bundesfinanzministerium (BFM) auf der britischen Kanalinsel Jersey von deutschen Steuerhinterziehern 180 Milliarden Euro, insgesamt haben Deutsche in den Steeroasen laut BFM 591 Milliarden Euro „geparkt“ (Spiegel, 24.6.2020). Diese Beträge werden nicht nur dem Gemeinwesen zur Besteuerung entzogen, sondern auch dem Wirtschaftskreislauf in Deutschland, das ist **doppelt kriminell**. Doch dank den Steuergesetzen der Regierenden und der laschen Prüfungen durch Steuerbehörden passiert da nichts!

Zweitens haben CDU/ CSU und FDP keinerlei Ahnung über die Reichenssteuer in der Supermacht USA. Der international anerkannte Starökonom Thomas Piketty macht darauf aufmerksam, dass in der Zeit nach dem New Deal mit den großen Investitionen der USA in Infrastruktur, Gesundheit und Bildung der Spitzensteuersatz bei Einkommen fast 50 Jahre (1932 und 1980) durchschnittlich bei 81 Prozent lag, für die Erbschaften bei 75%. Es ist unbekannt, dass die USA in dieser Zeit ein kommunistisches Land waren.

Drittens wurde die aktuelle Pandemie verursacht „durch das ungebremste Vordringen der kapitalistischen Globalisierung in die zuvor abgeschotteten Naturräume“, so der angesehene Ökonom Rudolf Hickel. Dieser Raubbau an Wäldern und der gesamten Natur setzt die Menschheit immer häufiger tödlichen Viren (Zoonosen) aus. Deshalb sind die Profiteure dieser Globalisierung auch als erste für die Krisenkosten heranzuziehen. Statt eine Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleinstag der SPD ist eine **schnelle Vermögensabgabe** das Gebot der Stunde. Statt der kleinen müssen endlich die großen Stellschrauben angezogen werden, damit die Umverteilung von Unten nach Oben gestoppt wird!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Stuttgart 21 – Ein Offenbarungseid folgt dem nächsten (2)

Doppelbelegungen der Gleise im Tiefbahnhof

Bis 2030 sollen in Deutschland doppelt so viele Menschen wie heute Bahn fahren. Was heißt das für Stuttgart und den geplanten Deutschlandtakt?

Es sollen dann 180 Doppelbelegungen auf den acht Gleisen des Tiefbahnhofs geben. Es stehen also an einem durchschnittlichen Werktag 180 Mal zwei Züge zum gleichen Zeitpunkt auf einem der acht Gleise.

Auch bei Verweis auf die Hauptbahnhöfe Köln und Hamburg, wo es „so was“ ja auch geben würde, wird verschwiegen, dass in diesen beiden Bahnhöfen die Züge mit Doppelbelegungen in jeweils entgegen gesetzter Richtung aus dem Bahnhof herausfahren. Da dies oft Chaos verursacht, wird geprüft, wie man solche Doppelbelegungen beim Deutschlandtakt vermeiden kann.

Doch im S21-Tiefbahnhof dürfen die Züge grundsätzlich nur in ein und derselben Richtung den Bahnhof verlassen. Sie müssen also hintereinander herzuckeln. Hier heißt Doppelbelegung verdoppelter Stress und gekoppelte Verspätungen. Wenn der vordere Zug noch eine Tür hat, die klemmt, oder einen Rollstuhlfahrer, der mehr an Einstiegszeit benötigt, dann wird der hinter diesem liegende Zug genauso verzögert starten.

Der nächste Offenbarungseid:

Da also der Deutschlandtakt mit S21 nicht funktioniert, müsste das größte Infrastrukturprojekt Deutschlands „eigentlich“ ad acta gelegt werden. Doch es findet sich dazu nichts in den überregionalen Medien. Ein Verweis auf die acht Gleise des Tiefbahnhofs taucht gar nicht erst auf. Schon gar nicht gibt es die Aussage, dass es im bestehenden Kopfbahnhof 16 Gleise gibt.

BRH-Bericht blieb ein Jahr unter Verschluss

Hier geht es um den jüngsten Prüfbericht des Bundesrechnungshofs (BRH), datiert auf den 13.09.2019, der ein Jahr lang unter Verschluss gehalten wurde. Erst dann wurde er – nachdem er in der Presse im September 2020 publik gemacht wurde – vom Bundesrechnungshof ins Netz gestellt. Zunächst mit zwei geschwärzten Stellen.

Der Inhalt Prüfberichts hat es in sich

Darin steht u. a. nicht nur, dass sich die S21-Kosten schrittweise auf mehr als das 2,5-fache erhöhten und sich ein weiterer Anstieg bereits abzeichne, sondern auch, dass die Kosten ohnehin massiv höher seien als offiziell angegeben.



Die Erlöse aus dem Vorabverkauf des S21-Geländes hätte die DB nicht einstecken und zur Finanzierung von S21 verwenden dürfen, sondern hätte sie an den Bund abliefern müssen (geschwärzte und wieder entschwärzte Stelle). Des Weiteren ist zu lesen, dass Stuttgart 21 hinsichtlich dieser finanziellen Schräglage längst eine überregionale Bedeutung hat, so dass die Mehrkosten für die DB AG wirtschaftlich nicht tragbar sind.

An mehreren Stellen macht der BRH deutlich, dass das zerstörerische Großprojekt zu einem Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu werden drohe und zwar zu einem Konflikt zwischen der Legislative (Bundestag) und der Exekutive (Bundesverkehrsministerium). So seien Milliarden Euro an Steuergeldern im Spiel, die ständigen Verteuerungen und Verschiebungen der Fertigstellung kosteten zusätzliche Milliarden, so dass es Sache der Exekutive sei, die Gelder zu dokumentieren.

Die nun folgende zentrale Aussage jedoch ist sensationell:

Der BRH als eine in der Verfassung verankerte Instanz legt offen, dass es einen harten Konflikt zwischen der Legislative und der Exekutive gebe, die ja von der Legislative kontrolliert werden soll. Sie fordert dazu auf, Risiken, Termine, Kosten und Gesamtfinanzierung „neu zu bewerten“, also auf den Prüfstand zu stellen, und gegebenenfalls Teile des Projekts nicht bzw. nicht mehr umzusetzen. Aber Minister Scheuer mauert und spielt auf Zeit. Gleichzeitig machen die Bahn und die

S21-Befürworter selbst das Gegenteil des Abspekens: Sie wollen immer mehr Tunnelbauten. Noch einen Bahnhof. Noch ein Dutzend Sicker-Milliarden.

Bezeichnend ist die Sache mit der erwähnten Schwärzung durch den Rechnungshof und die folgende Entschwärzung durch pfiffige Software-Spezialisten. Die zweite geschwärzte Stelle betraf die folgende Feststellung: Die vielfachen Ausflüchte und Einwände des Bundesverkehrsministeriums seien, so der Rechnungshof

und so die folgende, eigentlich geschwärzte Passage, „ein Zeichen dafür, dass selbst das BMVI (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) das Projekt Stuttgart 21 nicht mehr für verkehrsbedeutung hält“. Es geht um die Staatsräson. Man will das Gesicht wahren. Der nun zehnjährige Widerstand gegen Stuttgart 21 darf nicht Recht bekommen.

Dieser Widerstand, der am 30. September 2010 mit Polizeigewalt zusammengeknüpelt wurde, der sich vor zehn Jahren in der sogenannten Schlichtung einer gewaltigen medialen Manipulation ausgesetzt sah, was zusammen mit dem ebenso manipulativen Stresstest, zu dem Erfolg der S21-Betreiber bei der Volksabstimmung beitrug, dieser Widerstand, der Jahr für Jahr sachlich aufs Neue Recht bekam, darf politisch nicht recht bekommen.

Und um dieses fortgesetzte, politische und mediale Niederknüppeln des Widerstands zu ermöglichen, werden nach aktueller Planung zehn Milliarden Euro Steuergelder zum Fenster hinausgeworfen bzw. in Stuttgart's Untergrund verbuddelt.

Trotz alledem bleibt es dabei: Dieser Widerstand wird fortgesetzt werden.

Und wir werden

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Es kriselt gewaltig

Eingemeindung aus der Sicht Ergenzingens

Das Abstimmungsergebnis im Gemeinderat Rottenburg zum Gewerbegebiet Flugfeld hat erneut eines deutlich gemacht, zwischen der Kernstadt und ihrem größten Stadtteil Ergenzingen kriselt es gewaltig. Und wer nun glaubt, es handelt sich dabei nur um eine aktuelle, vorübergehende Erscheinung, der täuscht sich gewaltig.

Seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, besteht bei vielen Ergenzingern ein **tiefes Misstrauen der Kernstadt gegenüber**. Im Hinblick auf die fast 50-jährige Eingemeindungsgeschichte wäre es sicher angebracht und für alle Seiten hilfreich eine Bürgerumfrage darüber zu initiieren.

Zu oft, wenn nicht ausschließlich, vernimmt man in Ergenzingen, dass sich dieser Vertrag nur für die Kernstadt gelohnt habe und die **Alt-Ergenzinger sehen sich als Verlierer der Eingemeindung**.

Woran das liegt? Sicher nicht nur an der großen Entfernung zwischen Stadt und Stadtteil. Wohl aber daran, dass Ergenzingen einmal als Kleinzentrum eine maßgebliche Bedeutung im Gäu, auch für die umliegenden Ortschaften und Gemeinden hatte. Mit an die 4500 Einwohnern steht Ergenzingen in einer Reihe mit den Nachbargemeinden Eutingen und Bondorf. Beide haben ihre Selbstständigkeit bewahrt und stehen bezüglich der **sozialen Infrastruktur besser da als die Ergenzinger Bevölkerung**.

Diese Benachteiligung wiegt um so schwerer, als Ergenzingen mit seinem Gewerbe- und Industriegebiet einen großen Beitrag **zum Gemeinwohl der Gesamtstadt leistet** und rund um die Uhr mit den dadurch entstehenden Auswirkungen wie Lärm, Licht- und Luftverschmutzung zu leben und zu kämpfen hat.

Mit einer Würdigung für die schnelle Aufnahme von Flüchtlingen und deren Betreuung - wie erst kürzlich in Meßstetten geschehen - rechnet in Ergenzingen niemand mehr.

Von den Stadtoberen heißt es dagegen, Ergenzingen habe mit drei Discountern und einer Gemeinschaftsschule eine gute Infrastruktur. Wenn das als ausreichend erachtet wird, dann wissen wir, welchen Wert man den Ergenzingern beimisst. Und deshalb wird es aller-

höchste Zeit, dass wir in Ergenzingen mit Selbstbewusstsein für unsere berechtigten Interessen eintreten.

Seit Jahren benötigen wir ein Pflegeheim und eine Tagespflegeeinrichtung. Erst im letzten Jahr hat die Gemeinde Eutingen der Stadt Rottenburg gezeigt wie man richtig plant und schnell umsetzt.

Es wird allerhöchste Zeit, dass in Ergenzingen für alle Generationen eine Freizeitanlage erstellt wird. Gerne auch nachhaltig. Diese Forderung ist um so dringlicher, als dass sie z. B. direkt hinter der Gemeinschaftsschule gelegen jetzt als Klassenzimmer im Freien genutzt werden könnte. Die Nähe zum Gewerbegebiet würde diese Anlage auch attraktiv für Firmen und deren Beschäftigte machen. Mit einer Grillhütte, Bänken, Spazierwegen und Sportgeräten ließe sich hier nicht nur die Mittagspause sinnvoll verbringen, auch alle umliegenden Ortsteile wie Baisingen, Eckenweiler und Seeborn würden davon profitieren. Als gutes Beispiel können uns die Freizeitanlagen in Mötzingen und Meßstetten dienen.

Des Weiteren benötigt jeder lebendige Ort eine Begegnungsstätte. Wie viele Gelegenheiten dafür lassen wir noch verstreichen? Ob Alte Raiffeisenbank oder das Maile Gelände. Es gibt noch viele solcher leer stehender Immobilien mitten im Ort. Die Stadt unternimmt nichts. Wir Ergenzinger müssen das jetzt einfordern.

Wir benötigen einen Treffpunkt für die ganze Bevölkerung, der täglich zugänglich ist, analog dem Kaffee Stadtgespräch in der Kernstadt. Der schlecht umgebaute alte Bahnhof hat seinen Namen als „Bürgerhaus“ nicht verdient. Es handelt sich schlicht und ergreifend um ein absolut notwendiges Vereinsheim.

Mit viel Eigenleistung und sehr großem Engagement haben sich hier die Vereine eingebracht. Im einzig größeren Raum müssen Musikinstrumente wie Schlagzeug und Trommeln stehen

bleiben, weil es sonst keine Möglichkeit gibt die Instrumente aufzubewahren. Die kleine Küche muss als Abstellraum dienen. Kulturelle Veranstaltungen Fehlanzeige! Die zusätzliche Belegung durch die VHS ist sehr begrenzt. Kein Vergleich zum Angebot der VHS in Bondorf.

In der Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Ergenzingen vom 21. März 1972 steht unter Paragraph 2, Absatz (1):

Mit der Eingliederung soll die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Weiterentwicklung verstärkt und die Versorgung der Bürgerschaft mit öffentlichen Einrichtungen erweitert werden. Die Stadt Rottenburg am Neckar sieht in diesem Rahmen ihre gemeindlichen Aufgaben und

verpflichtet sich, die sich daraus ergebenden derzeitigen und künftigen Aufgaben zu erfüllen.

Absatz (2): Die Stadt Rottenburg am Neckar wird vor allem bemüht sein, der kulturellen Eigenständigkeit der Stadtteile Rechnung zu tragen und das kulturelle Eigenleben von Ergenzingen und Eckenweiler zu fördern. ...

Absatz (3): Die Stadt Rottenburg am Neckar verpflichtet sich, der Weiterentwicklung der Stadtteile den gleichen Rang wie dem Stadtkern selbst zuzumessen und die Lebensbedingungen hierin einander anzugleichen.

Und hier unter 1.c): Aufstellung eines Grünrahmenplanes und einer Planung für die Nahbereichserholung.

Hätte sich die Stadt Rottenburg am Neckar an diese Vereinbarung gehalten, sehe es heute in Ergenzingen und in anderen Stadtteilen besser aus und das Vertrauen der Bevölkerung von Ergenzingen wäre vorhanden,

zu-



Marlene Fischer

Gemeinderätin
„DIE LINKE“

Rottenburgs Steuersätze werden erhöht

Über große und kleine Stellschrauben in unserer Stadt

Erstmals seit 1994 soll der Hebesatz für die Gewerbesteuer in Rottenburg erhöht werden – ein Tabubruch besonders der CDU, die in den letzten Wahlen noch versprochen hatte, keinerlei Steuern zu erhöhen.

Jetzt wird nicht nur die Grundsteuer B (für Gebäude) um etwa neun Prozent, sondern die Gewerbesteuer von 350 auf bescheidene 360 Prozent vom Steuermessbetrag erhöht werden. In den letzten Jahren hatte die Linke im Gemeinderat mehrfach eine Erhöhung dieses Hebesatzes auf den Landesdurchschnitt von 368 Prozent (Gemeindetag Baden-Württemberg) gefordert.

Das hätte in den letzten Jahren der Hochkonjunktur 800.000 Euro jährlich für Rottenburg bedeutet (Kämmerer Meßmer), um die notwendigen Investitionen in Kitas, Schulen, Hallen und Infrastruktur nicht weiter zu verschleppen. Außerdem wäre dadurch der Unterbietungswettbewerb mit dem niedrigsten Hebesatz zwischen den Kommunen eingedämmt worden.



Kleine Stellschrauben wie die Erhöhung der Vergnügungssteuer, der Grundsteuer oder der Gewerbesteuer sind also Ersatzlösungen unserer Stadt, damit sie die gesetzlichen Pflichtaufgaben erfüllen kann. Sie hat damit ihre

Durchschnittssatz wichtig

Seit 2004 besteht eine Gesetzespflicht, dass die deutschen Kommunen einen Hebesatz von mindestens 200 Punkten haben müssen, um ein Steuerdumping zwecks Ansiedlung von Gewerbebetrieben zu vermeiden. Ein Steuerdumping schädigt die Kommunen in der Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben wie Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Und es ist volkswirtschaftlich falsch, weil es die Staatsfinanzen insgesamt schädigt. Hinzu kommt, dass es die Kommunen indirekt dazu zwingt, immer mehr Flächen zu versiegeln, um Gewerbe anzusiedeln, wie wir das gerade in BaWü erleben. Gerade in Zeiten einer Krise führt dies dazu, dass Bundes- und Landeszuschüsse gekürzt werden und Kommunen einigen Unternehmen Gewerbeflächen wie das Galgenfeld (Kiebingen) oder das Flugfeld (Baisingen) wie warme Semmeln anbieten, um ihre Einnahmen zu erhöhen.

Kleine Stellschrauben wie die Erhöhung der Vergnügungssteuer, der Grundsteuer oder der Gewerbesteuer sind also Ersatzlösungen unserer Stadt, damit sie die gesetzlichen Pflichtaufgaben erfüllen kann. Sie hat damit ihre

Möglichkeiten ausgeschöpft, bevor sie Kredite aufnimmt. Übrigens hat die Deutsche Industrie- und Handelskammer im Sommer festgestellt, dass der Durchschnitt beim Gewerbesteuerhebesatz von Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern 436 Prozent beträgt.

Große Stellschrauben

Seit der Unternehmenssteuerreform von 2008 hat Deutschland laut einer Studie der Stiftung Marktwirtschaft (Juli 2020) die niedrigsten Steuersätze aller großen Industriestaaten, die in G7 zusammengeschlossen sind. Jede Klage über die jetzige Anhebung kommunaler Steuern müsste sich also an die Bundes- und Landesregierung wenden, endlich die Steuern auf Kapitalerträge, Erbschaften und Vermögen zu verändern und die anhaltende kriminelle Flucht unserer verarmten Milliardäre in Steuerparadiesen zu verhindern. Die großen Stellschrauben sind jetzt wichtig, damit die Krise nicht ausgenutzt wird, um die Umverteilung von unten nach oben fortzusetzen.

DIE LINKE Rottenburg tritt dafür ein, den Gewerbesteuerhebesatz von 350 auf mindestens 368 Prozent zu erhöhen und damit auf den Landesdurchschnitt anzupassen. Dies würde die Aufnahme neuer Kredite verringern, den Unterbietungswettbewerb mit anderen Kommunen eindämmen und die Daseinsvorsorge sichern

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Änderung des Landtagswahlrechts notwendig

Kleine Parteien erringen Sieg vor Verfassungsgerichtshof

Eine „schallende Ohrfeige für Innenminister Strobl und den Landtag“, so bewertete die Landesgeschäftsführerin der Linken und Tübinger Landtagskandidatin Claudia Haydt das Gerichtsurteil vom 9. November.

Geklagt hatten fünf Parteien, die noch nicht im Landtag von Baden-Württemberg vertreten sind und deshalb pro Wahlkreis 150 Unterstützer-Unterschriften vorlegen müssen, landesweit also 10.500 Unterschriften für die 70 Wahlkreise. Bundesweit sind das die strengsten Auflagen für Parteien, die neu ins Parlament wollen. Gerichtspräsident Malte Graßhof sah darin unter den aktuellen Pandemie-Bedingungen eine verschärfte Ungleichbehandlung und wies damit

den Vertreter des Landtags zurück, der den Antrag der Parteien auf eine geringere Anzahl von Unterschriften wegen der Kontaktbeschränkungen in Corona-Zeiten als pure Ausrede bezeichnet hatte.

Graßhof sieht in einer „Reduzierung um 50 Prozent“, d.h. auf 75 Unterschriften pro Wahlkreis, „keinen Anlass für eine erneute verfassungsrechtliche Beanstandung“. Laut Haydt muss das Parlament erklären, warum es seinem verfassungsgemäßen Auftrag, das Wahlrecht an die Corona-Pandemie anzupassen, nicht längst nachgekommen ist.

Der Landtag wird deswegen jetzt unter Zeitdruck geraten, weil er das Wahlrecht noch vor Weihnachten abändern muss. Schließlich müssen die Parteien

ihre beglaubigten Unterschriften bis zum 14. Januar 2021 einreichen. Monatlang hatte die grün-schwarze Regierung Gespräche mit den klagenden Parteien abgelehnt und den Landtag in den jetzigen Zeitdruck manövriert. In Rottenburg (Wahlkreis Tübingen) unterstützten fast 120 Wahlberechtigte mit ihrer Unterschrift, dass die Linke zur Landtagswahl antreten darf. DIE LINKE dankt vielmals für die Unterstützung!

DIE LINKE Rottenburg wünscht allen Unterstützer*innen und Mitstreitern schöne, erholsame Feiertage im Kreise ihrer Lieben und ein gesundes Neues Jahr mit viel Kraft und Mut für die nächsten Aktivitäten.

Kinderarmut schadet der gesellschaftlichen Entwicklung

Die Corona-Pandemie verdeckt so manche „unbearbeitete Großbaustelle“ der Bundesregierung, so Jörg Dräger, Stiftungsvorstand der Bertelsmann-Stiftung bei der Vorstellung der neuesten Studie über Kinderarmut in Deutschland im Juli 2020.

Da die Regierung eines der reichsten Länder der Welt seit Jahren kein Konzept dagegen entwickelt, steigt die Armut von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ungebremst an: Mehr als jedes fünfte Kind dieser Altersgruppe **muss in Armut aufwachsen**, rund 2,8 Mio. oder 21,3 Prozent – ein Armutszeugnis für die Regierung. Bertelsmann warnt davor, dass diese Kinder durch die Corona-Pandemie stärker betroffen werden als Kinder aus anderen Familien. Ihre Eltern gehören meist zur Gruppe der Beschäftigten in Teilzeit oder in Minijobs, die als erste ihre Stelle verlieren und oft nicht einmal Kurzarbeitergeld bekommen. Außerdem werden häufig Kitas und Schulen geschlossen, ein preiswertes Mensa-Essen fällt ebenso weg wie der Kontakt mit Freund(inn)en auf dem (gesperrten) Spielplatz.

Individuelle Armutsfolgen

Schon vor 15 Jahren hat der Deutsche Caritas-Verband auf die umfassenden Folgen von Armut für Kinder und Jugendliche hingewiesen. Sie werden in ihrer körperlichen Entwicklung und Gesundheit beeinträchtigt, weil Sportvereine und Schwimmbäder Geld kosten und die Familie bei Lebensmitteln an allen Ecken sparen muss. Ihre geistige Entwicklung, Bildung und Lernen wird stark eingeschränkt: Die Hartz-IV-Gesetze waren grundgesetzwidrig, weil sie anfangs für Kinder keinen Cent an Bildungsausgaben vorsahen – die Regelsätze der Kinder wurden nach denen von Rentnern bemessen! Doch nicht nur das: Diese Kinder werden **systematisch ausgegrenzt**, weil jede Erhöhung des Kindergelds auf ihren Regelsatz angerechnet wird, während die anderen Kinder bzw. ihre Eltern mehr erhalten. So spaltet man die Gesellschaft schon in frühen Jahren!

Ihre Entwicklung, ihre sozialen Fähigkeiten und Kontakte sind stark beschnitten: Klassenfahrten, Schüleraustausch, Geburtstage sind nur unter großen Anstrengungen möglich. An Kino-, Konzert- oder Theaterbesuche ist ohnehin kaum zu denken. Dies alles beschneidet die Persönlichkeitsentwicklung, Selbstachtung und das Selbstwertgefühl der Kinder, besonders wenn der Zustand der Armut sich über mehrere Jahre verstetigt und die Kinder keinerlei Hoffnung mehr schöpfen, aus ihrer Situation herauszukommen.

Gesellschaftliche Folgen

Doch die Armut der Unter-18-Jährigen hat nicht nur Folgen für jedes einzelne Kind. Die sträfliche Vernachlässigung der „Großbaustelle“ durch die Regierungen zeitigt schwere gesellschaftliche Folgen. Dies belegte Ulrich Bürger vor vier Jahren mit seiner Studie „Kinder- und Jugendhilfe im demographischen Wandel“ im Tübinger Kreis tag und formulierte als Kernaussage, **„Kein junger Mensch darf verloren gehen“**. Denn die wachsende Zahl der

Älteren (65 Jahre und älter) steht einer kleiner werdenden Zahl von Kindern und Jugendlichen gegenüber. Sie sind die entscheidenden Zukunftsträger unserer Gesellschaft: Es wird nicht nur eine kleine Elite

von IT-Spezialisten gebraucht, sondern die gesamte junge Generation für die Übermittlung gesellschaftlicher Kenntnisse, Traditionen, Hilfsangebote usw. Von dieser heutigen Generation hängt ab, wie stark die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung, die Zunahme von Wissen, das gesellschaftliche Zusammenleben durch Vereine und Kultur sein wird. Das gilt auch die Pflege von Kranken und Älteren, nicht nur in Corona-Zeiten. **Die Spaltung in Arm und Reich** bereits in jungen Jahren, die Ausgrenzung von immer mehr jungen

Leuten aus einer gemeinsamen Entwicklung verstößt nicht nur gegen ihre persönliche Teilhabe und vermindert ihre Lebenschancen und -hoffnungen. Sie schädigt direkt unseren gesellschaftlichen Wohlstand.

Hinzu kommt die Gefahr für unsere Demokratie. Auch wer sich in letzter Zeit über das wachsende Engagement von Jugendlichen für Naturschutz und Umwelt gefreut hat, sollte nicht darüber hinwegsehen, dass viele Jugendliche, die sich ausgestoßen fühlen, sich von der Demokratie abwenden. Nicht nur, weil ihnen geschichtliche Bildung fehlt, sondern weil ihnen **kein Platz für aktive Teilhabe** und damit keine mögliche Anerkennung ihrer persönlichen Leistung angeboten wird. Das bietet Rechtsextremisten einen idealen Boden für Hass auf Menschen aus anderen Ländern, mit anderer Religion und kulturellen Bräuchen oder mit anderen sexuellen Neigungen.

Was brauchen wir?

Wir brauchen einen vollständigen Wechsel in der Behandlung der jungen Menschen: Sie sind keine Bittsteller, die um ein paar Cent aus dem Feigenblatt-Gesetz „Bildung und Teilhabe“ betteln müssen. Als „Zukunftsträger“ der gesamten Gesellschaft muss ihre Abhängigkeit von der sozialen Herkunft im Elternhaus aufhören, damit sie mit einer **elternunabhängigen Kindergrundsicherung** endlich ihre Fähigkeiten entwickeln können. Dies fängt mit dem Recht auf eine gebührenfreie Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr an, muss weitergehen mit Fördermaßnahmen durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung (die von Kultusministerin Eisenmann blockiert wird) und muss gebührenfreie Freizeitangebote enthalten, für die sie einen kostenlosen ÖPNV außerhalb der Schulzeiten nutzen können. Wer aufstöhnt, dass dies viel Geld kostet, dem ist zu sagen: Jeder heute investierte Cent in die Entwicklung unserer Kinder zahlt sich zukünftig um ein Vielfaches aus!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg



**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Mindestlebensseinkommen in Spanien verabschiedet

Kaum ein Notiz wert war deutschen Medien das neue Gesetz der linken Regierung Spaniens zur Armutsbekämpfung im August 2020. Es sieht vor, dass es erstmals eine landesweit einheitliche Sozialhilfe gibt. Rückwirkend ab 15. Juni erhalten Alleinstehende mindestens 461 Euro und Familien mit Kindern bis zu 1.015 Euro monatlich.

Voraussetzung ist, dass die Antragsteller sich als arbeitssuchend melden. Bisher war die Sozialhilfe den 17 autonomen Regionen mehr schlecht als recht überlassen worden. Statt 300.000 Haushalten werden künftig 850.000 vom neuen Gesetz profitieren.

Wenn ein Empfänger einen Lohn erhält, wird dieser nur teilweise auf das Mindestlebensseinkommen angerechnet. Das Parlament verabschiedete das Gesetz einstimmig, nur die Rechtsradikalen enthielten sich. Drei Milliarden Euro liegen dafür in der Staatskasse.

Hunger durch Corona

Jahrelang hatte die konservative Regierung Hilfen für die Bevölkerung blockiert. In der Finanzkrise 2008/09 hatte sie Banken und Unternehmen gerettet, aber die Armen an Hilfsorganisationen wie Caritas und Rotes Kreuz verwiesen. Besonders die junge Generation flog auf die Straße oder bekam einen Minijob nach dem anderen. 58 Prozent der 20-39-Jährigen steckten in einem „Müllvertrag“, wie die Spanier diese

Arbeitsverträge nennen. Nach einer Untersuchung der Caixa-Bank sanken die Löhne der 25-29 Jährigen um neun Prozent, der 20-24 Jährigen um 15 Prozent, (2008-2016).

Letztere sind zu 35 Prozent arbeitslos! Zugleich schossen die Mieten in den Städten in die Höhe. Kein Wunder also, dass diese Bevölkerungsgruppe die aktuelle Corona-Pandemie am härtesten trifft. In Spaniens Hauptstadt Madrid stehen deshalb täglich rund 100.000 Menschen für Lebensmittelspenden an, so der katholische Sender „Domradio“: „In über 1,1 Millionen Haushalten hat ein einziges Familienmitglied mehr Einkünfte, Mittlerweile leiden fast vier Millionen Spanier unter Armut, die Hälfte davon sind Kinder.“

Seit Beginn der Pandemie hat die Zahl der Hilfsbedürftigen um 70 Prozent zugenommen, so Kiko Lorenzo von der spanischen Caritas. Deshalb wurde das neue Gesetz im Eiltempo verabschiedet.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Flugfeld Baisingen: Regierungspräsidium weist Einspruch zurück

Das Regierungspräsidium Tübingen (RP), direkt der Landesregierung unterstellt, hat fast schon erwartungsgemäß die Einsprüche der Aktionsbündnisses gegen ein 70 Hektar großes Gewerbegebiet auf dem Flugfeld (Baisingen/ Eutingen) zurückgewiesen.

Es beruft sich dabei auf den Beschluss des Gemeinderats vom 20.März 2018 über das Gewerbegebiet Galgenfeld (Kiebingen): „Dieser Beschluss beinhaltet konkludent die Aussage, dass der Gemeinderat das Projekt eines Gewerbegebiets am Standort Flugfeld Baisingen weiter verfolgen möchte.“ Außerdem beruft es sich auf die Ortschaftsratssitzungen im Januar und Februar 2018 in Baisingen und Ergenzingen, die sich „mit der Thematik“ befasst hätten.

Mit keinem Wort geht das RP darauf ein, dass der Regionalverband Neckar-Alb im Mai 2020 mit seiner 5. Änderung des Regionalplans durch die Umwidmung von „Vorranggebieten“ in „Vorbehaltsgebiete“ umgewandelt hat, so dass Grünflächen und der wertvolle Ackerboden jetzt kein Hindernis mehr für eine Bebauung sind.

Gegen diese Umwidmung legten über 1.750 Einwohner aus Baisingen, Ergenzingen, Obernau, Wendelsheim, Kiebingen und der Kernstadt beim Regionalverband in Mössingen Widerspruch ein. Auch beide Fraktionen im Ortschaftsrat Ergenzingen, der NABU und andere Organisationen erhoben lauthals Einspruch. Darüber wird der Regionalverband im Frühjahr verhandeln.

Sicherlich wird das Aktionsbündnis jetzt nächste Schritte beraten, denn zu viel Lebensqualität und Zukunft steht auf dem Spiel!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Penny-Discounter in Wurmlingen: Als wäre nichts passiert

Seit sieben Jahren gibt es die Diskussion über eine bessere Versorgung der Wurmlinger Bevölkerung mit Lebensmitteln. Damals wurden mögliche Standorte angedacht und 2015 bewertet, die ein Jahr später im Ortschaftsrat vorgestellt und wenig später beschlossen wurden.

Der jetzige Standort liegt am Ortsausgang nach Hirschau und sieht eine Gesamtfläche von 1.270 m² vor, hinzu kommt ein Parkplatz mit 2.670 m² für 63 Stellplätze, rund das Doppelte, was das Bebauungsrecht vorsieht. Denn nach Erwartung des Betreibers werden etwa 600 der 800 Kunden pro Tag mit dem Auto vorfahren.

Merkwürdig, denn der Mikrostandort der REWE-Group soll der Nahversorgung „im Sinne einer unmittelbar fußläufigen Erreichbarkeit“ dienen und benötigt an der stark befahrenen Durchgangsstraße zwei neue Linksabbiegerspuren. Laut Regionalverband Neckar-Alb kommt nicht einmal die Hälfte der Kundschaft aus Wurmlingen selbst. Zu Recht kritisiert er außerdem, dass der Standort in der Hirschauer Straße städtebaulich nicht integriert ist und keinerlei Vorschläge für flächensparende Parkplätze enthält.

Da liegt der Verdacht nahe, dass Penny durch einen Supermarkt mit „konsequenter Niedrigpreisstrategie“ und hohem Anteil an Eigenmarken, d.h. mit Lebensmitteln, die nicht vor Ort produziert werden, Kunden aus der Umgebung abschöpfen will. Die Betriebszeiten sind von 6 bis 22 Uhr geplant mit täglich einem LKW (20 t) und dreimal wöchentlich mit einem LKW (40t).

Bei der aktuellen Standortwahl wurde der neue florierende Wochenmarkt ebenso wenig berücksichtigt wie die städtischen Grundstücke in der Unterjesinger Straße. Zwei dieser Grundstücke haben zusammen 300 m² mehr Grundfläche als die Fläche des geplanten Penny-Marktes. Auf die Frage von Dr. Peter, warum dieser tatsächlich „fußläufige“ Standort in der Ortsmitte nicht berücksichtigt wurde, hatte OB Neher ebenso wenig eine Antwort wie auf die Einwände des Regionalverbands.

Die Stadtverwaltung fährt eine Strategie, die Supermärkte der Kernstadt mit überdimensionierten ebenerdigen Parkplätzen auszustatten und kein Nahversorgungskonzept für die Teilorte unter Einbeziehung der ortsnahe Landwirtschaft zu entwickeln, so dass diese auf Kleinstsupermärkte angewiesen sind. Alternative Ansätze mit örtlichen Wochenmärkten oder Geschäften wimmelt sie wegen mangelnder Bürgerbeteiligung ab. Das ist nach Ansicht der Linken eine Fehlentwicklung, die jegliche ökologische Nachhaltigkeit vermissen lässt! Denn seit 2013 hat sich die Klimakatastrophe stark zugespitzt, gibt es ein Pariser Klimaschutzabkommen und landesweit große Proteste gegen weiteren Flächenverbrauch, siehe auch Galgenfeld und Flugfeld Baisingen. Den Antrag der Linken, die Planung an den Ortschaftsrat Wurmlingen zur Neuberaurung zurückzuverweisen, verhinderte OB Neher damit, man könne nur insgesamt gegen die Beschlussvorlage stimmen. Die Mehrheit aus CDU, SPD, Ja und Freien Bürgern stimmte für diese Fehlentscheidung.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Hoffmeister-Kraut vor Untersuchungsausschuss

Die Affäre des Dubai-Pavillons lässt die Südwest-CDU nicht zur Ruhe kommen. Die Wirtschaftsministerin musste jetzt vor dem Untersuchungsausschuss der Stuttgarter Landtages zugeben, dass sie keinerlei Kontrolle darüber hatte, dass sich die Kosten für den Pavillon auf inzwischen 15 Mio. Euro verfünffacht haben und der Steuerzahler dafür aufkommen muss. Als einziges Bundesland „glänzt“ Baden-Württemberg mit einem Pavillon auf der Expo 2021 in Dubai. Ursprünglich sollten die Unternehmen im Ländle unter der Losung „Projekt von der Wirtschaft für die Wirtschaft“ alle Kosten selbst tragen, bis ein Ministeriumsvertreter die Landesregierung als offiziellen Vertragspartner einsetzte. So geht die CDU mit Steuergeldern um!

Rücksendungen verschrottet

Täglich kommen zum DHL-Zentrum auf dem Flugfeld Baisingen über 3.000 Pakete als Retouren zurück, darunter viele Sendungen der Bergfreunde, so ein Sprecher des DHL-Zentrums. Das bedeutet nicht nur Mehrarbeit, sondern führt auch zur Vernichtung vieler Retouren. Jährlich gibt es bundesweit etwa 280 Mio. Rücksendungen, von denen etwa elf Mio. vernichtet werden, obwohl die Waren fabrikneu sind. Denn das deutsche Steuerrecht fördert ihre Vernichtung geradezu, indem der Händler für gespendete Waren 19 Prozent Mehrwertsteuer zahlen muss. In Frankreich und Belgien wurde dieser Unsinn längst beseitigt, in den USA und Großbritannien konnten durch FBA Donations über 20 Millionen zurückgeschickte Artikel an Bedürftige gespendet werden.

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

CDU verhindert Schlachthof-Gesetz im Bundestages wegen „Grill-Saison“

Campact ruft zum Protest gegen die Verhältnisse in Schlachtfabriken auf

Ursprünglich wollte die Rathausspitze die Sanierung des eigenen Schlachthof-Gebäudes umgehen, indem sie als Alternative den Schlachthof Gärtringen vorschlug. Das ist angesichts der dortigen Zustände kräftig daneben gegangen, der Schlachthof musste schließen. Deshalb hat sie im neuen Haushalt ab 2022 rund 500.000 Euro für einen Neubau eingeplant. Auf welchem (städtischen) Gelände das stattfinden soll, ist vielen ein Rätsel, weil es dafür strenge Auflagen gibt.

Inzwischen ist durch die Soko Tierschutz ein neuer Skandal im Biberacher Schlachthof bekannt geworden. Zusammen mit der SPD forderte sie den Rücktritt von Agrarminister Hauk (CDU), weil dieser den 40 größten Schlachthöfen im Ländle einen Blanko-Scheck ausgestellt hatte und seitdem untätig war. Das deckt sich mit der Verharmlosung im-Skandal um die Schlachtfabrik Tönnies, der zufällig im Wahlbezirk des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus liegt. Jetzt verschleppt die CDU/CSU im Bundestag einen Gesetzesentwurf über Leih- und Fremdarbeit in Schlachthöfen, weil dadurch die „Grill-Saison“ gefährdet sei!!!

Campact protestiert

„Das sind Zustände, die in einer Sozialen Marktwirtschaft keinen Platz haben“, urteilte der CDU-Bundestagsabgeordnete Uwe Schummer im Juli über deutsche Schlachthöfe. Dort verrichten Menschen unter katastrophalen Bedingungen blutige Schwerarbeit. Das Entsetzen über die Arbeitsbedingungen war groß; auch bei CDU und CSU. Aufgeschreckt vom Corona-Ausbruch bei Tönnies stimmten sie dem Gesetzentwurf der SPD zu, Werkverträge und Leiharbeit in Schlachtbetrieben zu verbieten. Die Zustände haben sich nicht geändert. Aber jetzt sorgt dieselbe CDU dafür, dass der Gesetzentwurf nicht verabschiedet wird. Die Union verhindert, dass sich die Lage der Beschäftigten in den Schlachthöfen verbessert. Das Entsetzen über die furchtbaren Arbeitsbedingungen – offenbar vergessen. Gemeinsam mit über 300.000 Campact-Unterstützer*innen haben Sie im Sommer das Ende des Billigfleischsystems gefordert. Nun blockiert die CDU. (..)

Die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Leiharbeiter*innen sind katastrophal: Schwerstarbeit, beengte Unterkünfte – über 1.500 Corona-Infektionen allein am größten Standort des Schlachthofs Tönnies im vergangenen Juni in Rheda-Wiedenbrück weisen auf die skandalösen Bedingungen hin.

Die CDU hatte es im Sommer selbst eingestanden: Die Fleischbranche ändert gar nichts freiwillig. Seit 2014 schmückt sich die Industrie mit einem Verhaltenskodex und erklärte, soziale Standards bei der Unterbringung ihrer Arbeitnehmer*innen einzuhalten. 2015 versprach sie, alle Beschäftigten bis Juli 2016 in sozialversicherungspflichtige Anstellungen zu übernehmen. Nichts davon geschah.

Die Fleischlobby – und auch die Union – behaupten, das geplante Gesetz gefährde die Grillsaison. Das ist gelogen: Über Arbeitszeitkonten ist es, wie in anderen Branchen auch, sehr gut möglich, Zeiten mit hohem Arbeitsanfall fair bezahlt zu bewältigen.

Die CDU verlangt, Leiharbeit in den Schlachtbetrieben weiter zuzulassen. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten warnt, dass ein derart abgeschwächtes Gesetz für die Beschäftigten gar nichts verbessert: Die Schlachtereien würden die Verträge einfach umbenennen. Die Gewerkschaft berichtet, dass einige Personalvermittlungen schon begonnen haben, neue Arbeitsverträge auszugeben: nun unter der Bezeichnung Leiharbeit statt Werkvertrag.

Unter der Überschrift „**Fleischindustrie: Ein krankes System**“, hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Juli 2020 die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in deutschen Fleischfabriken wie Tönnies verurteilt: Harte körperliche Arbeit, psychische Belastung und kaum Rechte: Die Zustände sind so prekär, dass über 70 Prozent der Schlachthof-Beschäftigten nicht mal ein Jahr durchhalten.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Pleite für Flüssiggasanlagen von Olaf Scholz

Der SPD-Kanzlerkandidat hatte den USA eine Milliarde Euro für den Bau von zwei Flüssiggas-Terminals für Fracking-LNG-Importterminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven angeboten. Neue Anlagen zur Nutzung fossiler Energieträger mit einer Betriebsdauer von mindestens 30 Jahren zu bauen, zementiert den klimapolitischen Irrsinn der vergangenen Jahrzehnte, so die Kritik des BUND. Zumal es sich dabei um Fracking-Gas handelt, das mit besonders schädlichen Methoden aus dem Boden geholt wird. Jetzt hat der künftige US-Präsident Biden angekündigt, dass er Fracking verbieten wird und stattdessen 1,7 Billionen US-Dollar in umweltschonende Projekte investieren will.

AfD-Fraktion im Stuttgarter Landtag schrumpft weiterer

Die AfD-Landtagsabgeordnete Doris Senger erklärte Anfang November ihren Austritt aus der AfD-Fraktion, weil sie so das Parteiprogramm besser vertreten könne. Sie will als Parteilose weiter Abgeordnete bleiben. Hintergrund sind Flügelkämpfe zwischen dem „gemäßigten“ Bernd Gögel und Fraktionsvize Emil Sänze, der weiter rechts verortet wird. Damit hat die AfD-Fraktion seit der Landtagswahl 2016 (Stimmenanteil 15,1 Prozent) acht ihrer 23 Fraktionsmitglieder verloren.

Heike Hänsel: Schleichende Umgehung (20.11.2020)

Diese Woche wurde ein umstrittenes drittes Gesetz zum Bevölkerungsschutz von CDU, SPD und Grünen im Bundestag verabschiedet. Der Unmut darüber ist zu Recht groß. Allerdings nicht, weil es sich hier um ein angebliches „Ermächtigungsgesetz“ handelt, das ist bewusste Manipulation der Öffentlichkeit und eine gefährliche Verharmlosung des deutschen Faschismus. Wir sind nicht auf dem Weg in eine Diktatur.

Aber es gibt eine schleichende Umgehung der Parlamente durch die Exekutive, massive Grundrechtseingriffe werden von der Kanzlerin und den Länderregierungen beschlossen und verkündet. Etliche davon mussten Gerichte, sogar das Bundesverfassungsgericht, wieder aufheben. Das allein schon ist eine Ohrfeige für die politisch Handelnden. Der neue Gesetzentwurf wurde im Eiltempo durch das parlamentarische Verfahren getrieben. Das Ziel einer umfassenden parlamentarischen Beteiligung wurde de facto jedoch nicht umgesetzt. Die möglichen Maßnahmen sind unpräzise und nicht abschließend definiert. Die Regierung kann weiterhin freimütig agieren, was der Schwere der Maßnahmen und der Eingriffe in Grundrechte nicht angemessen ist. Meine Fraktion hat deswegen dagegen gestimmt.

Zum Beispiel ist die Rede von „Ausgangs- oder Kontaktbeschränkungen im privaten sowie im öffentlichen Raum“. Hier sind private Ausgangsperren ermöglicht, die aber nicht klar festgelegt werden. Hoch umstritten ist insbesondere der neue Paragraph 28a, in dem es heißt:

„Nach Unterschreitung eines in den Sätzen 5 und 6 genannten Schwellenwertes können die in Bezug auf den jeweiligen Schwellenwert genannten Schutzmaßnahmen aufrechterhalten werden, soweit und solange dies zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 erforderlich ist.“

Was konkret mit der Verhinderung der Verbreitung gemeint ist, wird im Gesetz überhaupt nicht geregelt. Das öffnet willkürlichen Entscheidungen Tür und Tor.

Wir benötigen dringend eine durchgehende Beteiligung des Bundestages und der Länderparlamente an allen wesentlichen zukünftigen Entscheidungen, etwa auch an der Impfstrategie. Die Bundesregierung muss Corona-Beschränkungen evidenzbasiert begründen. Das ist beim Lockdown in der Gastronomie und Kultur nicht geschehen und war aufgrund der dort bereits existierenden, guten Hygienekonzepte nicht nachvollziehbar. Demokratische Kontrolle muss erst recht in Zeiten der Pandemie gelten.

Evtl. als Ergänzung:

Heike Hänsel MdB: NEIN zum dritten Infektionsschutzgesetz!

(PM, 18. November 2020)

Zur heutigen Abstimmung über den „Entwurf eines Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ erklärt Heike Hänsel, Tübinger Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

„Es kann nur ein NEIN geben bei dieser Abstimmung über das Infektionsschutzgesetz, wollen sich die Parlamente nicht weiterhin selbst entmachen. Die Fraktion Die Linke hatte sich bereits beim ersten Infektionsschutzgesetz enthalten, das zweite Gesetz abgelehnt und wird auch gegen das dritte Gesetz stimmen.“

Es ist unverhältnismäßig und mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar, welche weitgehenden Grundrechtseingriffe von der Bundesregierung legalisiert werden sollen, ohne Nennung von konkreten Voraussetzungen und ohne Kontrolle des Bundestages.

Über wesentliche Entscheidungen zur Strategie in der Pandemiebekämpfung müssen der Bundestag und die Landtage entscheiden, nicht die Runden von Kanzlerin Merkel mit den Ministerpräsidenten. Die Kontrolle der Infektionszahlen und damit auch die Vorbeugung einer Überlastung des Gesundheitssystems leben von der Akzeptanz in der Bevölkerung, mit diesem Vorgehen verspielt die Bundesregierung Vertrauen.

Mit einem eigenen Antrag „Demokratische Kontrolle auch in der Pandemie“ (Drs. 19/23942) fordert die Fraktion DIE LINKE, dass die Bundesregierung endlich eine längerfristige Strategie zum Umgang mit der Corona-Pandemie vorlegt und diese vom Bundestag geändert und beschlossen werden kann. Wir fordern eine Evaluation, die neben der Wirksamkeit der Maßnahmen im Sinne des Infektionsschutzes auch deren soziale und wirtschaftliche Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft aufarbeitet und die Verhältnismäßigkeit sowie nicht zuletzt auch die soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit der Hilfspakete umfasst.

Statt auf Grundrechtseinschränkungen ohne evidenzbasierte Begründungen setzen wir auf bessere Schutzmaßnahmen in Schulen, Krankenhäusern und Pflegeheimen, wie z.B. Luftfilter, kostenlose regelmäßige Tests, und Hygienekonzepte, die entzerren, z.B. den ÖPNV durch versetzten Schulbeginn etc. All dies ist bisher völlig unzureichend, stattdessen werden ausgerechnet die Bereiche, die über gute Hygienekonzepte verfügen, runtergefahren, wie Restaurants, Hotels, Kultureinrichtungen. Das ist wenig nachvollziehbar, ohne evidenzbasierte Begründung geschehen und bedroht die Existenzgrundlage von Millionen von Menschen. Auch dagegen hat unsere Fraktion protestiert.“



Heike Hänsel, MdB

Stellvertretende Vorsitzende Fraktion DIE LINKE im Bundestag

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Ausnahmezustand, Massenimpfung, Durchgriffsrechte

„Chronik einer angekündigten Krise“ - eine Buchbesprechung

Wenige Themen haben uns in den letzten Monaten so sehr beschäftigt, wie das Corona-Virus - seine anzunehmende Herkunft und vor allem die ganz konkreten Reaktionen auf das Auftreten. Es fällt schwer nur von Zufällen auszugehen, zu diffus sind die vorgelegten Daten, die zu „alternativlosen“ politischen Entscheidungen zwingen. Es lohnt ein Blick auf die Vorgeschichte der Pandemie, die nicht erst mit dem auftreten des Virus auf einem Markt im chinesischen Wuhan beginnt.

Paul Schreyers „Chronik einer angekündigten Krise - Wie ein Virus die Welt verändern konnte“ ist außerordentlich hilfreich, um die Geschehnisse zu verstehen und einordnen zu können. Warum zeigen ansonsten „normale“ Menschen irrationale Verhaltensweisen? Sie tragen Masken im menschenleeren Wald und auf dem Fahrrad, sie lassen sich Dinge verbieten, die bis vor Kurzem unverzichtbare Selbstverständlichkeiten waren: Besuche in Restaurants, von Fußballspielen, Kino- und Theatervorstellungen, ...

Wer schnelle Antworten auf seine Fragen erhofft, der muss sich durch die ersten Seiten des Buches beißen. Was interessieren Elon Musks Weltraumsatelliten und das Verhältnis von Mensch und Technik im Zusammenhang mit dem Corona-Virus? Aber schnell wird die Frage formuliert, ob alles am Ende geplant wurde, denn die Reaktionen auf das Virus geschahen in einer Geschwindigkeit - weltweit - die den Betrachter des Politikbetriebs in Schwindel versetzten. So passend können sich Zufälle nicht ergänzen.

Schreyer schwurbelt nicht von Verschwörungen. Er nennt schlicht Fakten und Erkenntnisse und belegt diese mit umfangreichen Anmerkungen, die den Lesefluss nicht hemmen, aber wichtige Belegstellen des Textes darstellen. Er stellt keine Behauptungen auf, sondern spricht vielmehr von naheliegenden Annahmen. Er formuliert vorsichtig und weist keine Schuld zu, macht aber auch klar, welche Interessen hinter den jeweiligen Verhaltensweisen stecken.

Manche Ausführungen erscheinen auf den ersten Blick nicht notwendig. Im weiteren Verlauf der Lektüre wird ihre Wichtigkeit klar. Er führt einen gelegentlich auf eigene gedankliche Abwege. Wie war das doch mit den „alten“ Utopien? Sollte ich nicht einmal wie-

der in Texten von Morus, Orwell und Huxley blättern?

Im Kapitel „Wahn und Wirklichkeit: zum Umgang mit Verschwörungstheorien“ tauchen u.a. Fragen auf, die jeder, der sich mit der sog. Corona-Krise beschäftigt schon gestellt hat. „Was ist überhaupt noch wahr? Und wem kann man glauben? Der Regierung? Der ARD? Oder doch eher den „Alternativmedien“?

Diese Kapitel regt auch zu einem Selbsttest an: Bin ich ein Verschwörungstheoretiker und wie beeinflusst diese Haltung mein Denken?

Der Autor holt weit aus und gelegentlich zuckt die Hand, um an den Buchrand zu schreiben: Thema! Aber er hat das Thema nicht verfehlt, sondern er führt auf das Thema zu. Schnell wird deutlich, dass es Zusammenhänge gibt zwischen Biosecurity, Militär und Medizin, zwischen Biowaffen und Seuchen, zwischen der Abwehr von Biowaffen und der Produktion von Biowaffen, zwischen Gefahrenerzeugung und Gefahrenabwehr.

Hinter der Krise, deren Verlauf und Vorgeschichte auf den folgenden Seiten nachgezeichnet werden sollen, scheint immer deutlicher eine totalitäre Utopie auf, die den Prinzipien einer freien, friedlichen und vielfältigen Zivilisation zuwiderläuft. Es ist die Vision einer „perfekten“, zentral gesteuerten Welt, in der individuelle Freiheit zum selten Luxusgut wird,“ (S. 21)

Klar klärt Schreyer die Bezüge zwischen Angst und dem Verhalten, das wir in der Angst zeigen, Wozu wir bereit sind, wenn man uns nur genügend Angst macht und wie Angst als Lenkungsmechanismus eingesetzt wird, sei es Angst vor Kommunisten, Terroristen oder Viren und dem Tod.

Es kann nicht auf die vielen Aspekte in Schreyers Darstellung eingegangen werden. Interessant ist aber die Rolle, die er den Medien in der Pandemie zuschreibt (Krisenkommunikation).

Wenn ich ihn richtig verstanden habe, dann treiben nach seiner Ansicht die Medien die Politik an, kann es nicht eher umgekehrt sein? Aber das ist wieder ein anderes Thema.

Wichtig scheint mir auch die Überschneidung unterschiedlicher Interessen oder solle man eher von Ergänzung sprechen? Da ist einmal das staatliche Gesundheitsinteresse, das militärische Sicherheitsinteresse und das privatwirtschaftliche Profitinteresse. Am Beispiel der Förderung der

Impfstoffentwicklung - auch bei der Erleichterung von Zulassungsbedingungen, der Herstellung und der Verteilung wird dies sehr deutlich. Berücksichtigen muss man natürlich auch den staatlichen Aufkauf von Impfstoffen und ggf. deren zwangsweise Verabreichung.

Auffällig für diese Verzahnung ist die Schaffung einer neuen Abteilung im Gesundheitsministerium für Gesundheitssicherheit, die Anfang 2020 geschaffen wurde und unter der Leitung eines Generals der Bundeswehr arbeitet. Er leitet den Corona-Krisenstab und berät den Gesundheitsminister beim Krisenmanagement. So sieht die Umsetzung von Biosecurity aus.

Über vieles, was Schreyer aufführt muss man staunen, vor allem aber dass alles längst in Simulationen geprobt wurde. Schreyer schrieb ein informationsdichtes, spannendes, flüssig zu lesendes Buch - bestätigend und provozierend. Kurz: Lesenswert.

Nach der Lektüre schläft man nicht unbedingt besser, aber die Welt ist vielleicht ein bisschen geordneter in ihrer Unordnung und es fällt dem Leser leichter, Schlüsse aus der jetzigen Situation zu ziehen.



Norbert Kern
Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!



Nachhilfe erbeten Fragen über Fragen



Es gibt verschiedene Gründe Nachhilfelehrer aufzusuchen: länger Krankheit, Unterrichtsausfall, Umzug in ein anderes Bundesland, einfach nicht richtig aufgepasst ... oder der Lehrer hat's nicht verständlich erklärt. Soll vorkommen.

Bei mir haben sich während der ganzen Pandemiegeschichte doch viele Fragen angestaut, die ich mir nicht schlüssig beantworten kann. Bitte stempeln Sie mich nicht gleich zum Corona-Leugner, Rechtsradikalen oder Verschwörungstheoretiker. Neugierde ist keine Schande, wenn es nicht gerade der schnüffelnde Blick hinter die Gardinen des nachbarlichen Schlafzimmers ist. Neugierde überträgt nicht das Virus und zerstört nicht die Demokratie. Sie wird eher durch Gleichgültigkeit, Desinteresse und Gutgläubigkeit an Politikerentscheidungen gefährdet. Wer Fragen stellt ist noch lange kein Extremist - weder auf der Linken noch auf der Rechten Seite. Seinen Wissensdurst zu löschen ist ja noch nicht verboten und Zusammenhänge zu vermuten alleine noch lange nicht die Vorbereitung einer Verschwörung.

Sehen Sie mir nach, dass meine Fragen ziemlich ungeordnet sind. Bei manchen Fragen kann ich es mir nicht verkneifen, eine mögliche Antwort zu vermuten.

Was kann ich mit der Information anfangen, dass so und so viele Leute an oder mit Corona gestorben sind? Beweist das die Gefährlichkeit bzw. die Ungefährlichkeit von Covid-19?

Was habe ich davon zu wissen, wo und bei wem ich mich infiziert habe? Geschehen ist geschehen und dass ich möglicherweise längst andere infiziert habe, hilft weder mir noch dem anderen. Aber es ist ein Grund mich wegzusperren! Oder?

Wem nützt die Nachverfolgung von Infektionsketten? Ist es ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Soldaten zur Unterstützung in den Gesundheitsämtern und ihrer breiteren Integration in die Gesellschaft? Sollen wir ihnen für ihre aufopferungsvolle Arbeit an der Heimatfront im Kampf gegen das Virus danken?

Mit welchem Alter sind die infizierten Personen in den Pflegeheimen verstorben? Wie hoch ist jeweils das Durchschnittsalter über einen längeren Zeitraum, das in den Heimen normalerweise erreicht wird?

Wenn das Lüften von Räumen das Infektionsrisiko mindert, weshalb muss ich dann in der Fußgängerzone - bei angesagtem Abstand - eine Maske tragen? Luftiger geht's doch wohl nicht.

Wenn Schmierinfektionen eine untergeordnete Rolle spielen, weshalb sollen wir dann unsere Haut und die der Kinder mit Desinfektionsmitteln traktieren? Hilft viel wirklich viel?

Warum muss man dicht gedrängt in öffentlichen Verkehrsmitteln seinen Arbeitsplatz aufsuchen, darf aber im Privat-PKW nur zu zweit, mit Maske und verteilt auf Fahrersitz und Rücksitz, zur Schicht fahren und muss dann in der Kantine ohne Abstand sein Süsschen schlürfen?

Warum muss ich in der Kälte vor dem Metzgerladen warten? Ich vermute, um mir eine ordentliche Erkältung und dann eine böse oder gar tödliche Grippe zu holen. In der Statistik tauche ich dann als Corona-Infizierter auf und bin Grund für weitere Lockdownverschärfungen. Klar?

Warum werden viele ins Home-Office verbannt? Spart zumindest Büromieten, Heizungskosten und Strom.

Ich habe noch viele Fragen! Der Zettelkasten ist noch gut gefüllt. Fortsetzung kann folgen.

Bitte, helfen Sie mir nach!

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.
Neues aus dem Neckartal

Termine:

Info-Stand **DIE LINKE** Rottenburg auf dem Metzelpplatz
Wird noch bekannt gegeben

Bedingt durch die Corona-Maßnahmen **entfällt:**
Kommunalpolitischer Arbeitskreis **DIE LINKE** Rottenburg

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder(Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg